

Antisemitismus an Schulen

Arbeitspapier zu Herausforderungen und Handlungsempfehlungen



KOVA
Kooperationsverbund
gegen Antisemitismus

„Antisemitismus sollte auch als strukturelles Problem innerhalb der Institution Schule wahrgenommen werden und auch als solches behandelt werden, nicht nur innerhalb des Unterrichts.“

Aussage einer teilnehmenden Person des digitalen Fachgesprächs „Antisemitismus an der Schule“.

Die vorliegende Veröffentlichung „Antisemitismus im Kontext Schule“ ist eines von vier Arbeitspapieren, die im Rahmen des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus (KOVA) entstanden sind. Die Papiere umfassen die Ergebnisse von Bedarfsermittlungen, die im Jahr 2025 im Rahmen von Fachgesprächen mit Vertreter*innen unterschiedlicher Professionen durchgeführt wurden. Die Arbeitspapiere beziehen zudem Praxiserfahrungen der Partner*innen des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus und wissenschaftliche Studien ein.

Das vorliegende Papier richtet sich an Fachkräfte (u. a. Lehrkräfte, Schulleitungen, Mitarbeiter*innen an Ausbildungsinstituten für Lehrkräfte) sowie die damit befasste Politik (u. a. Landesbildungsministerien), Verwaltungen und eine interessierte Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, Impulse für eine antisemitismuskritische Weiterentwicklung vorhandener Strukturen und Angebote im Kontext Schule zu geben.

1

Das Arbeitspapier beleuchtet strukturelle und institutionelle Herausforderungen und Problemlagen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen und Gewalt sowie mit institutionellen und strukturellen Formen von Antisemitismus im Kontext Schule.

Zentrale Erkenntnisse

- Neben den Schulen mit ihren Lehrkräften, Schulleitungen und Schulsozialarbeiter*innen, umfasst das Feld Schule auch die Ausbildungs- und Fortbildungsinstitute der Lehrkräfte, sowie die Bildungsministerien der Länder. Dieses komplexe Handlungsfeld stellt eine Herausforderung für eine ineinandergreifende Handlungsstrategie gegen Antisemitismus dar.
- Antisemitismus lässt sich nicht auf einzelne Schulen oder Altersgruppen eingrenzen, er betrifft alle Schulformen und alle Altersstufen. In der Auseinandersetzung mit Antisemitismus birgt der oft einseitige Blick auf Schüler*innen die Gefahr, die strukturellen Dimensionen von Antisemitismus als gesellschaftlicher Konstante und Gegenwartsproblem auszuklammern.
- Eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Bereich Schule muss beginnen, bevor es zu antisemitischen Vorfällen kommt. Dies bezieht sich neben Prävention auch auf das konkrete Aufdecken von Leerstellen in Lehrkräfteausbildungen und Lehrplänen. Dabei sind die Institutionen und ihre Mitarbeiter*innen (Schulleitungen, Lehrkräfte etc.) ebenso Adressat*innen wie Schüler*innen.
- Aus den Bedarfen und Leerstellen, die es im Bereich Schule zum Thema Antisemitismus gibt, ergeben sich eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten: Die Verankerung von antisemitismuskritischen Perspektiven in Lehre und Ausbildung, die fächerübergreifende Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Lehrplänen, die Entwicklung schulinterner Reaktionspläne sowie die Nutzung niedrigschwelliger Beratungs- und Meldeangebote.

Problemlagen und Bedarfe

Schulen sind zentrale Bildungs- und Sozialisationsinstanzen, sie prägen entscheidende Entwicklungsjahre von Kindern und Jugendlichen. Dabei sind sie neben Orten der Bildung auch Orte des sozialen Miteinanders. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung von Schulen im Umgang mit Antisemitismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit.

In den Schulgesetzen der Bundesländer ist der Schutz vor Diskriminierung und das Recht auf Gleichbehandlung unterschiedlich geregelt, einzelne Bundesländer haben explizit das Recht auf eine diskriminierungsfreie schulische Bildung festgehalten, z. B. das Land Berlin. Diskriminierung im Kontext Schule stellt somit einen schwerwiegenden Einschnitt in das alltägliche Lern- und Sozialumfeld der betroffenen Schüler*innen dar. Den Handlungsbedarf hinsichtlich des Problems Antisemitismus an Schulen belegen Studien immer wieder. Der 7. Oktober 2023 hat diese Entwicklung erheblich verstärkt: Die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) dokumentieren, dass sich antisemitische Vorfälle auf einem konstant sehr hohen Niveau bewegen. So verweist der Jahresbericht 2025 des RIAS-Bundesverbands auf insgesamt 715 (gemeldete) Fälle von Antisemitismus in Bildungseinrichtungen.¹ 258 Fälle entfallen allein auf Schulen. Antisemitismus tritt dabei in unterschiedlichen Formen auf, so zum Beispiel durch Schmierereien auf Schultischen und Toiletten, oder auch durch direkte Beleidigungen jüdischer Schüler*innen. Auch inhaltlich zeichnet sich ein breites Spektrum antisemitischer Topoi ab, beispielsweise eine positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus oder israelbezogener Antisemitismus.

¹ Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (2026): Jahresbericht Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025.

Im Kontext Schule ergeben sich verschiedene Probleme und Herausforderungen im Umgang mit Antisemitismus. Diese betreffen alle Ebenen vom Klassenverband über Schulleitungen bis hin zur übergeordneten Institution Schule und damit die Ausbildungsinstitute der Lehrkräfte sowie die Bildungsministerien der Länder. Antisemitismus ist als Themenfeld zu wenig in der Lehrkräfteausbildung wie auch in Lehrplänen selbst verankert. Hier wäre ein Blick auf die Unterschiede in den Lehrplänen der Länder notwendig, um Defizite auszumachen und etwaige Leerstellen zu schließen. Einer wirksamen Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Raum Schule stehen oft auch strukturelle Probleme wie ein Lehrkräftemangel und ein daran gebundener häufiger Unterrichtsausfall entgegen. Gleichzeitig ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus nicht zu reduzieren auf den Lehrplaninhalt in bestimmten Fächern – alle Lehrkräfte müssen sensibilisiert sein, da sich antisemitische Vorfälle nicht auf einzelne Unterrichtsbereiche begrenzen.

Eine auf Schüler*innen konzentrierte Betrachtung von Antisemitismus greift zu kurz, wenn dabei die gesellschaftlichen Strukturen und Bedingungen, durch die Antisemitismus fortbesteht und sich auch in der Gegenwart manifestiert, unberücksichtigt bleiben.

Auch bei der Thematisierung von Antisemitismus im Unterricht lassen sich Defizite feststellen. So wird Antisemitismus ebenso wie Judentum und jüdisches Leben als Unterrichtsgegenstand häufig nur verknüpft mit dem Nationalsozialismus behandelt. Damit wird Antisemitismus zum einen von seiner Aktualität entkoppelt und zudem an der Präsenz von Jüdinnen*Juden festgemacht. Dies lässt wiederum die aktuellen Alltagserfahrungen von Betroffenen aus dem Blick geraten. Schließlich ist auch eine starke Verunsicherung sowie fehlendes Wissen in Bezug auf den Nahostkonflikt festzustellen. Dies kann dazu führen, dass das Thema im Schulalltag ausgeklammert wird und damit verbundene Austauschräume fehlen. Zusätzlich kann dies zu einer Festigung antisemitischer Narrative führen.

Sich dieser Herausforderungen und Bedarfe anzunehmen, ist nicht nur die Aufgabe einzelner Lehrkräfte oder Schulen. Antisemitismus muss als Problem in seinen strukturellen und institutionellen Ebenen bearbeitet werden.

Handlungsempfehlungen

Antisemitismuskritische Perspektiven in Lehre und Ausbildung integrieren

- Antisemitismuskritische Bildung sollte als Teil der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, unabhängig vom Fachgebiet, verankert werden. Nicht nur die theoretische Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist wichtig, sondern auch das Erlernen von Kompetenzen in Prävention und Intervention beim Umgang mit Antisemitismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Schulalltag. Dafür bedarf es der Kooperation von Fortbildungsinstituten für Lehrer*innen, der Universitäten und Institutionen der außerschulischen Bildung. Beispiele hierfür sind das Studienangebot für Referendar*innen zu historisch-politischer und antisemitismuskritischer Bildung, das 2025 unter anderem vom Anne Frank Zentrum mit umgesetzt wurde, oder der ab 2026 startende Begleitstudiengang der TU Dresden „Jüdischer Alltag in Deutschland. Zwischen Bürgerrechten, Antisemitismus und #nie wieder“.²

Fortbildung und Qualifizierung stärken

- Die jeweiligen Institutionen der Länder, wie Schulverbände, sollten regelmäßige breit gefächerte und bedarfsgerechte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen aller Schulfächer und Schulformen zu den Erscheinungsformen von Antisemitismus, Handlungsmöglichkeiten bei antisemitischen Vorfällen und präventiven Ansätzen antisemitismuskritischer Bildung etablieren. Ein niedrighschwelliger sowie regelmäßiger Zu-

4

5

gang zu diesen Angeboten muss gewährleistet sein. Dies gilt auch für spezifische Qualifizierungsangebote für Schulleitungen. Strukturelle Probleme, die die Teilnahme an Fortbildungen erschweren (zum Beispiel Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfälle), sollten dabei berücksichtigt und angegangen werden.

Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den Lehrplänen verankern

- Antisemitismus muss als Querschnittsthema in unterschiedlichen Unterrichtsfächern und in den Rahmenlehrplänen der Bundesländer verankert werden. Dabei ist es wichtig, die verschiedenen Schulformen in den Blick zu nehmen.
- Es braucht bereits ab der Grundschule Demokratie- und Wertebildung sowie eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen der Diskriminierung. Dies kann Räume schaffen, in denen Schüler*innen Anknüpfungspunkte zu eigenen Erfahrungen finden und so über die eigene Biografie empathische Zugänge zum Thema Antisemitismus entwickeln.
- Innerhalb dieser breiteren Auseinandersetzung sollte eine eigenständige, aber nicht isolierte, Auseinandersetzung mit Antisemitismus verankert sein. Die Beschäftigung mit Antisemitismus als spezifischem Problem ist notwendig, um die unterschiedlichen Elemente des Antisemitismus verstehen zu können. Antisemitismus darüber hinaus als gesellschaftliches Problem zu behandeln, eröffnet die Möglichkeit, Anknüpfungspunkte für weitere Formen der Diskriminierung zu schaffen.
- Antisemitismus sollte im Unterricht ausführlicher besprochen werden, losgelöst von einer allein auf den Nationalsozialismus verengten historischen Betrachtung. Es sollten insbesondere aktuelle Formen des Antisemitismus und klare Gegenwarts- und Lebensweltbezüge sowie die Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen mit einbezogen werden. Antisemitismus als Phänomen existiert unabhängig von Jüdinnen*Juden. Die Beschäftigung mit der Vielfalt jüdischen Lebens in der Gegenwart macht Jüdinnen*Juden als Teil der Gesellschaft sichtbar und fördert Empathie.

Schulinterne Reaktionspläne erstellen

- Schulinterne Reaktionspläne können dabei helfen, adäquat auf antisemitische Vorfälle zu reagieren und Betroffene zu schützen. Als Unterstützung für Mitarbeiter*innen bieten Reaktionspläne nicht nur Orientierung und Rückhalt seitens der Institution, sondern auch die Möglichkeit, schnell, personenunabhängig und betroffenenzentriert agieren zu können und etwaige Unsicherheiten abzubauen. Dabei darf die Verantwortung nicht bei den Lehrkräften allein liegen. Schulleitungen müssen ihre Lehrkräfte unterstützen. Institutionalisierte Räume des Austauschs und der kollegialen Fallberatung sind ebenfalls wichtig.

Niedrigschwellige Beratungs- und Meldeangebote aufbauen

- Schüler*innen und Mitarbeiter*innen der Schulen benötigen klare Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung bei antisemitischen Vorfällen. Insbesondere Schüler*innen brauchen sensible und geschulte Ansprech- und Bezugspersonen. Außerschulische Akteur*innen und Netzwerke können Schulen dabei unterstützen, solche Strukturen zu etablieren – oder Antisemitismuskritik innerhalb bestehender schulinterner Antidiskriminierungsstrukturen zu stärken. Wichtig für diese Vernetzung ist dabei auch das Wissen um entsprechende Stellen und Strukturen. Regionale sowie bundeszentrale Anlaufstellen müssen weiter aufgebaut werden. Informationen zu bestehenden Melde- und Beratungsstellen müssen den Lehrkräften flächendeckend vermittelt werden. Wo bereits bestehende und erprobte Angebote von Melde- und Beratungsstellen existieren, sollte auf diese Expertise zurückgegriffen werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Beispiele für solche (externen) Strukturen sind unter anderem die bundesweit agierende Beratungsstelle OFEK und die Meldestellen RIAS (beide spezifisch für Antisemitismus), für Brandenburg wäre die Fachstelle Antisemitismus FAB zu nennen. In Berlin ist die Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) tätig.

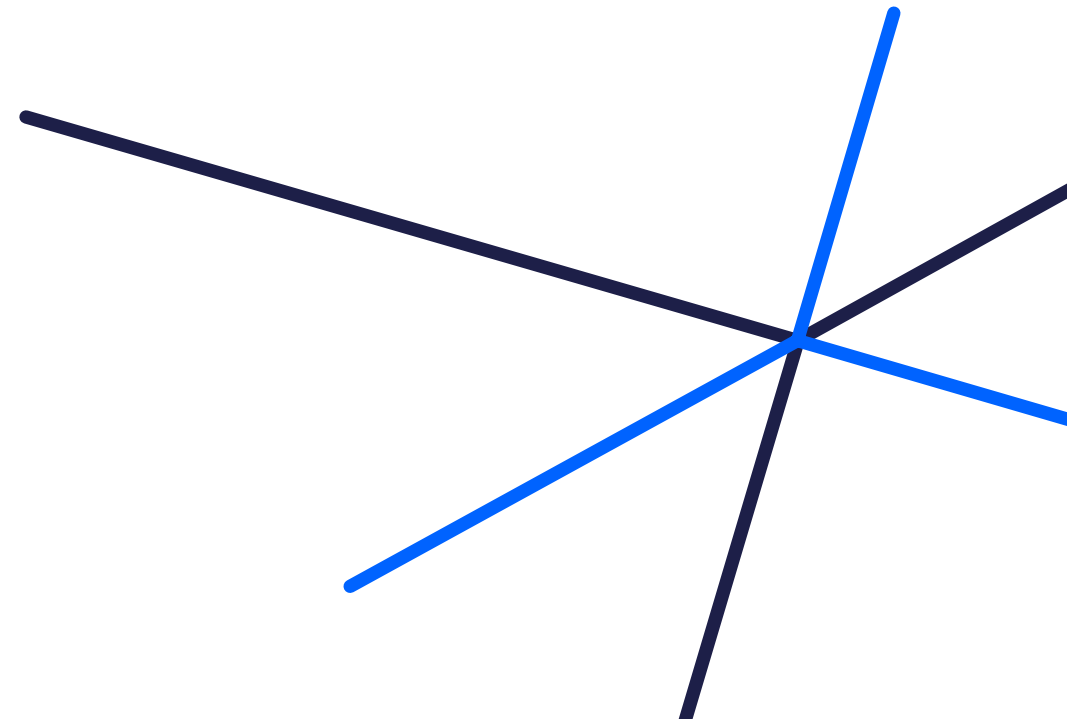
Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken

- Unabdingbar bleibt, verstärkt auf frühzeitige präventive Angebote zu setzen, die nicht rein als Reaktion auf antisemitische Vorfälle angelegt sind. Dabei sind niedrigschwellige, inklusive und zielgruppengerechte Ansätze wichtig, genauso wie innovati-

6

7

ve digitale Formate oder gamifizierte Ansätze (Spiele). Aber auch Workshopangebote, die Antisemitismus, Demokratiebildung und Antidiskriminierung verbinden, spielen eine zentrale Rolle. Zu empfehlen sind auch Angebote, die ein Empowerment jüdischer Schüler*innen zum Ziel haben, sowie solche, die rassistische Erfahrungen mit einbeziehen.



Literatur

- Salzmann, S.; Fereidooni, K.: Antisemitismus als soziales Phänomen in der Institution Schule: Ergebnisse einer qualitativen Unterrichtsbeobachtungsstudie. In: Schüler-Springorum, S. (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 33 (2024), Metropol, S. 113–135.
- Chernivsky, Marina; Lorenz-Sinai, Friederike: Institutioneller Antisemitismus in der Schule. Action Courage e. V., Berlin 2024.
- Anne Frank Zentrum: ANOHA – Die Kinderwelt des Jüdischen Museums Berlin: Gegen Antisemitismus. Pädagogische Impulse für Fairness und ein gutes Miteinander für Kita-Erzieher*innen: www.anoha.de/impulse-gegen-antisemitismus
- Auf der Website anders-denken.de finden sich Texte zu Hintergründen, Ansätzen in der kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus: www.anders-denken.info/informieren

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – Praxisstelle Bildung und Beratung

Die Praxisstelle Bildung und Beratung der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA) wurde 2018 in Kooperation mit dem Berliner Senat gegründet, um ein pädagogisches Angebot zur Antisemitismusprävention sowie eine Kontaktstelle bei antisemitischen Vorfällen zu bieten. Ob Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulworkshops, Seminarreihen, Beratung oder die Entwicklung langfristiger Konzepte zur Antisemitismusprävention – das Angebot für Schulen umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten für Schüler*innen aller Klassenstufen.

Mehr Informationen:

www.kiga-berlin.org/praxisstelle-bildung-beratung/

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KlgA Games

„RÄTSELRÄUME“ ist ein Escape-Room-Brettspiel für Gruppen und Schulklassen der Reihe „KlgA Games“. Die fiktiven, realitätsnahen Geschichten eröffnen Zugänge zu Migration und Vielfalt sowie zu Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt und fördern Toleranz, Respekt und Solidarität. „RÄTSELRÄUME – Das Sommerfest“ knüpft an „RÄTSELRÄUME“ an. Das Spiel ist für Kinder im Grundschulalter konzipiert und regt dazu an, sich mit Fragen des Zusammenlebens, der Konfliktlösung und dem Gefühl, willkommen und zuhause zu sein, zu beschäftigen.

Mehr Informationen:

<https://www.kiga-berlin.org/raetselraeume/>

Anne Frank Zentrum: Umgang mit Antisemitismus in der Schule

Das Anne Frank Zentrum hat pädagogische Materialien zum Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule und an weiterführenden Schulen entwickelt. Die Handreichungen richten sich speziell an Lehrkräfte im Land Mecklenburg-Vorpommern, die Methoden sind jedoch auch für Lehrkräfte anderer Bundesländer anwendbar. Mit kurzen Hintergrundinformationen und vielen praktischen Tipps vermitteln sie Wissen zu den Themen Jüdinnen*Juden in Mecklenburg-Vorpommern gestern und heute, antisemitische Vorurteile und Diskriminierung sowie zur Thematisierung des Holocaust. Die Materialien richten sich an pädagogische Fachkräfte. Sie beinhalten Ansätze und Materialien für unterschiedliche Altersstufen.

Die Broschüre steht kostenlos zum Download zur Verfügung:

www.annefrank.de/antisemitismus-grundschule-mv

Die Broschüre zum Umgang mit Antisemitismus in der Sekundarstufe ist ab Dezember 2026 abrufbar unter:

www.annefrank.de/antisemitismus-sek-1-mv

Kooperationsverbund gegen Antisemitismus (KOVA)

Der Zusammenschluss besteht aus sechs bundesweit tätigen jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, die über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit und der Beratung verfügen: Anne Frank Zentrum, Bildungsstätte Anne Frank, Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS), Kompetenzzentrum antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS), Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) und Zentralrat der Juden in Deutschland.

KOVA ist ein Zusammenschluss im Themenfeld der antisemitismuskritischen Bildung, Forschung und Erfassung von antisemitischen Vorfällen. Ziel des Verbunds ist es, Angebote im Themen- und Praxisfeld Antisemitismus weiterzuentwickeln und Strukturen zu stärken. KOVA wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Mehr Informationen:

www.kooperationsverbund-gegen-antisemitismus.de

Impressum

Anne Frank Zentrum e. V.
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin
Telefon: +49 30 288 86 56-00
zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de
V.i.S.d.P.: Veronika Nahm

Text und Redaktion:
Victor Tschiskale
Felix Klepzig
Fadl Speck
Silke Azoulay
Samuel Stern

Lektorat: Sara Strüßmann
Layout: sans serif
Druck: Druckerei Rüss

Berlin, August 2026

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.